



**Fraktion der Bürgerbewegung pro Köln e.V.  
im Rat der Stadt Köln**

An den  
Vorsitzenden des  
Rates

Telefon: 0221 / 221 – 9 15 12

Herrn  
Oberbürgermeister Fritz Schramma

Telefax: 0221 / 221 – 9 15 15

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 28.01.2009

**AN/0198/2009**

**Dringlichkeitsantrag gem. § 12 der Geschäftsordnung des Rates**

<b>Gremium</b>	<b>Datum der Sitzung</b>
Rat	10.02.2009

**Offenlegung von Geschäftsbeziehungen der Ratsmitglieder**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Schramma,

die Fraktion pro Köln bittet Sie, folgenden Dringlichkeitsantrag in die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung aufzunehmen:

Der Rat der Stadt Köln möge beschließen:

Der Rat legt seinen Mitgliedern die Pflicht auf, ihre Geschäftsbeziehungen zu stadtnahen Unternehmen offen zu legen, soweit solche bestehen.

Begründung:

Verschiedene Geschäftsbeziehungen des ehemaligen Ratsmitgliedes Rolf Bietmann (CDU) zu stadtnahen Unternehmen rufen derzeit öffentliche Skepsis hervor.

Am 28. Januar 2009 schrieb der „Stadt-Anzeiger“, der umtriebige und geschäftstüchtige CDU-Bundestagskandidat in spe habe sich der Fraport AG als Berater angeboten. Ziel sei es gewesen, dem Unternehmen – gegen die Bagatelle von 15.000 bis 20.000 Euro monatlich - beim Erwerb von Anteilen am KölnBonner Flughafen behilflich zu sein. Die Stadt Köln will gerade nicht, daß die Fraport ihr beim Flughafen durch Anteils-Erwerbe das Heft aus der Hand nimmt. Zu befürchten wäre ansonsten, daß die Kölner Bürger von noch mehr Fluglärm terrorisiert werden würden. Denn private Investoren bewerten üblicherweise Rentabilitätsaspekte höher als das Allgemeinwohl. Der Vorgang würde nur zu gut zum Image der Altparteien-Klüngelriege passen: Die Fraport AG macht wirtschaftlichen Gewinn, ein Klüngel-Politiker steckt 15.000 bis 20.000 Euro monatlich für „Beratungsleistungen“ ein und

jene Kölner, die in den Flugschneisen des KölnBonner Flughafens wohnen, müssen die Zeche bezahlen.

Aber selbstverständlich bestätigt keiner der Beteiligten den Inhalt des Zeitungsartikels. Unabhängig von der Frage, wieviel am jüngsten Bietmann-Gerücht dran ist, muß festgestellt werden, daß genau so in Köln Kommunalpolitik gemacht wird: Private Wirtschaftsakteure profitieren, Politiker bereichern sich und Otto Normalverbraucher hat den Schaden.

Im Rahmen der Bietmann-Problematik ist auch deutlich geworden, warum die Altparteien im Kölner Stadtrat so großen Wert darauf legen, pro Köln aus den Aufsichtsräten der städtischen Unternehmen herauszuhalten. Denn bereits vor einiger Zeit wurde bei der stadtnahen Wohnungsbaugesellschaft GAG ein Beratervertrag erörtert, den die GAG-Tochter GBA Projektentwicklung GmbH mit der Rechtsanwältin Ute-Brigitta Wucherpfennig geschlossen hat, die mit Bietmann in derselben Anwaltskanzlei sitzt. Nach Presseberichten sollen im Rahmen dieses Vertrages von Dezember 2001 bis Mai 2007 monatlich 4.000 Mark für Beratungsleistungen im Zusammenhang mit der Abwicklung des Merheimer Madaus-Geländes durch die GAG gezahlt worden sein. Der „Kölner Stadt-Anzeiger“ vom 27. Januar 2009 beruft sich auf einen Insider dieses Geschäfts und schreibt: „Bis Mitte 2005 habe man umfangreiche Leistungen abgefordert, danach nur noch gelegentlich.“ Falls diese „Stadt-Anzeiger“-Veröffentlichung sachlich zutreffend wäre, hieße das, von Mitte 2005 bis Mai 2007, also etwas weniger als zwei Jahre lang, wären jeden Monat 4.000 Mark aus den Kassen einer stadtnahen Firma an die Bietmann-Vertraute Wucherpfennig geflossen, ohne daß dafür unmittelbar eine Gegenleistung erbracht worden wäre.

Falls pro Köln im Aufsichtsrat der GAG vertreten gewesen wäre, hätte dieser Vorgang möglicherweise früher öffentlich gemacht und darüber hinaus vielleicht sogar ein Schaden für die Stadt vermieden werden können.

Außer durch pro Köln hat die etablierte Klüngelriege wenig zu befürchten. Das zeigt die schleppende Entwicklung der Strafverfahren gegen die Akteure des CDU-Parteispenden-Skandals. Im Rahmen dessen mußte kürzlich wieder einmal der amtierende Porzer CDU-Bezirksbürgermeister Horst Krämer vor Gericht erscheinen. Er schilderte, wie vier- und fünfstellige Beträge bei den CDU-Akteuren von einer Hand zur anderen wanderten. Eine Verurteilung zeichnet sich nicht ab. Die Mühlen der Justiz mahlen langsam.

Zurück zu Bietmann. Einen Tag lang rätselten Beobachter der Kölner Kommunalpolitik, wer es wohl gewesen sein mag, der im Rahmen eines Beratervertrages 900.000 Euro von der Sparkasse KölnBonn erhalten hat, für die eine Gegenleistung festzustellen jetzt unabhängigen Wirtschaftsprüfern leider nicht möglich gewesen ist. Kurze Zeit später stand dann sein Name in der Zeitung: Rolf Bietmann ist der Glückliche.

Der hat dabei Bietmann selbstverständlich eine weiße Weste. Der CDU-Mann ist von Beruf Rechtsanwalt und würde niemals etwas Illegales machen. Trotzdem war Bietmann das Zielobjekt zahlreicher staatsanwaltschaftlicher Ermittlungsverfahren, und bei seiner Nominierungsversammlung als CDU-Bundestagskandidat 2005 mußte er sich auch parteiintern harte Worte anhören. Bietmann-Gegner sprachen nach Presseberichten von einem Wahl-„Risiko“ und äußerten etwas über ein „Krebsgeschwür“, Bietmann wäre „nicht tragbar“. Gewählt wurde er trotzdem – nicht von den Kölnern, aber von der hiesigen CDU als Kandidat. Kurz zuvor, im Dezember 2004, hatte die Kölner Staatsanwaltschaft gerade strafrechtliche Ermittlungen in Sachen Bietmann gegen eine Geldauflage von 45.000 Euro eingestellt. Dabei ging es um das Verhältnis zwischen Bietmann und dem Müllentsorgungsunternehmer Trienekens. Wir Kölner zahlen bekanntlich seit Jahr und Tag überhöhte Müllgebühren, weil die von der Firma Trienekens errichtete Müllverbrennungsanlage in Niehl zu groß und zu teuer geraten ist. Dabei ist unser aller Geld

natürlich nicht verschwunden, es ist gewandert – aber sicher nicht in die Taschen von Bietmann, der die Bagatelle von 45.000 Euro zur Verfahrenseinstellung lediglich gezahlt hat, um sich mit der lästigen Angelegenheit nicht mehr auseinandersetzen zu müssen. Wer diese traurige Geschichte nicht kennt, kann sie auf der Internetseite der Bürgerbewegung pro Köln nachlesen.

Der Sparkasse KölnBonn scheint ihre enge Verzahnung mit dem Kölner Politikbetrieb nicht gut zu bekommen. Sie läßt derzeit eine Reihe von Vorgängen, die mit dem umstrittenen Bau der Neuen Messehallen in Deutz im Zusammenhang stehen, von den Wirtschaftsprüfern der Agentur Pricewaterhouse Coopers (PwC) überprüfen. Die teilten im Rahmen eines Vorabberichtes mit, sie hätten im Zusammenhang mit den Zahlungen an Bietmann „keine Belege für Beratungsleistungen“ gefunden. Bietmann äußert prompt, es gäbe selbstverständlich Unterlagen über die von ihm erbrachten und mit 900.000 Euro vergüteten Leistungen. Die scheinen nur gerade nicht zur Hand gewesen zu sein, als sich die Wirtschaftsprüfer die Unterlagen der Sparkasse angesehen haben.

Gerade jetzt braucht die Sparkasse jeden Cent. Sie benötigt in immer kürzeren Abständen Millionenbeträge, um nachteilige Folgen der internationalen Finanzkrise auszugleichen. Erst waren es 350 Millionen Euro, dann weitere 300. Wenige Wochen später meldet das Geldinstitut weiteren Kapitalbedarf an. Mittlerweile wird sogar laut darüber nachgedacht, den sparkasseneigenen Golfplatz in Pulheim zu verkaufen. Das kann man beim besten Willen nicht als ein gutes Zeichen interpretieren.

Die Städte Köln und Bonn sind derzeit bei der Sparkasse mit einem Darlehen über 300 Millionen Euro investiert. Bei der Zwecksverbandsversammlung der Sparkasse, die den Vorgang beschlossen hat, stimmten alle Mandatsträger von CDU, SPD, Grünen, FDP und Linkspartei der kommunalen Neuverschuldung zu. Nur der pro-Köln-Vertreter stimmte dagegen.

Viel Geld auf der einen, bedürftige Politiker auf der anderen Seite – das ergibt eine für Steuer- und Gebührenzahler ebenso wie für Sparkassenkunden gefährliche Mischung. „Am Gelde hängt, zum Gelde drängt doch alles“, könnte man mit Goethe sagen. Und zumindest in Köln ergeht es uns mit dem Geld offenbar so ähnlich wie mit dem Wasser, das bekanntlich immer einen Weg findet, wie der Volksmund weiß.

Und doch reibt man sich verwundert die Augen: Hat Köln nicht bald alle Skandal-Varianten „durch“, hört das denn nie auf? – Offenbar nicht. Solange irgendwo bei der Stadt oder den stadtnahen Unternehmen noch Barmittel vorhanden sind, fühlen sich die Bietmänner offenbar magisch angezogen.

Gegen die im Zusammenhang mit diesem Phänomen immer wieder in der Kölner Kommunalpolitik entstehenden Schwierigkeiten könnte die beantragte Offenlage der einschlägigen persönlichen Interessen kommunaler Mandatsträger vorbeugend abhelfen.

Begründung der Dringlichkeit:

Ein Teil der dem Antrag zugrundeliegenden und in der Begründung aufgeführten Tatsachen ist erst nach dem Ablauf der Frist für Anträge zur Ratssitzung am 10. Februar 2009 öffentlich bekannt geworden.

gez. Rouhs